

fassenden Überblick über die praxaeologischen Grundfragen der Friedensforschung bietet.

Da eine konflikttheoretisch basierte Konflikt- und Friedensforschung sich weder auf die internationale Ebene noch auf nur eine Disziplin beschränken läßt, muß würdigend herausgestellt werden, daß dem Band – wie auch dem Marburger Nebenfachstudiengang – eine interdisziplinäre Lehr- und Forschungskonzeption zugrunde liegt, die zudem noch die traditionellen Teilgebietsgrenzen der Politikwissenschaft sprengt. Den Herausgebern ist vor allem dafür zu danken, daß sie sich an Problemzusammenhängen und nicht an professionellen Grenzen orientieren. Nicht nur, aber insbesondere deswegen möchte man hoffen, daß dem vorliegenden Band die gebührende Aufmerksamkeit zuteil und dem Nebenfachstudiengang Erfolg beschieden sein wird.

tion zugrunde liegt, die zudem noch die traditionellen Teilgebietsgrenzen der Politikwissenschaft sprengt. Den Herausgebern ist vor allem dafür zu danken, daß sie sich an Problemzusammenhängen und nicht an professionellen Grenzen orientieren. Nicht nur, aber insbesondere deswegen möchte man hoffen, daß dem vorliegenden Band die gebührende Aufmerksamkeit zuteil und dem Nebenfachstudiengang Erfolg beschieden sein wird.

---

**Article by an MPIfG researcher**

Fritz W. Scharpf: [Rezension] Eichengreen, Barry; Frieden, Jeffrey; von Hagen, Jürgen (eds.): *Politics and Institutions in an Integrated Europe* (Berlin: Springer, 1995) & Eichengreen, Barry; Frieden, Jeffrey; von Hagen, Jürgen (eds.): *Monetary and Fiscal Policy in an Integrated Europe* (Berlin: Springer, 1995). In: *Politische Vierteljahresschrift* 38(4), 896-898 (1997). Nomos  
The original publication is available at the publisher's web site: <https://www.jstor.org/stable/24198624>

---

### 3. POLITISCHE ÖKONOMIE

*Barry Eichengreen, Jeffrey Frieden, Jürgen von Hagen* (eds.): *Politics and Institutions in an Integrated Europe*. Berlin: Springer 1995, 228 S., DM 120,-.

*Barry Eichengreen, Jeffrey Frieden, Jürgen von Hagen* (eds.): *Monetary and Fiscal Policy in an Integrated Europe*. Berlin: Springer 1995, 242 S., DM 120,-.

*Fritz W. Scharpf*

Die beiden hier anzuzeigenden Sammelbände entstammen der mehrjährigen Zusammenarbeit einer Gruppe von Ökonomen, Politologen und Soziologen in einer „Study Group on the Political Economy of European Integration“ am Center for German and European Studies in Berkeley. Von den beteiligten 28 Autoren haben 24 ihren Arbeitsplatz in den Vereinigten Staaten, und soweit ersichtlich, sind 15 von ihnen der Ökonomie, zehn der Politikwissenschaft und zwei der Soziologie zuzuordnen. Dementsprechend sind trotz des von den Herausgebern betonten interdisziplinären Anspruchs ein großer Teil der Beiträge nach Gegenstand, theoretischer Orientierung und Methode ausschließlich der Ökonomie zuzuordnen, während die Beiträge der anderen Disziplinen auch dort, wo ihr Gegenstand sich nicht auf wirtschaftliche Sachverhalte bezieht, stark vom ökonomischen Paradigma der Public Choice geprägt sind. Aus politikwissenschaftlicher Sicht interessieren gerade diese Texte auch als Test der theoretischen Leistungsfähigkeit dieses Ansatzes auf unseren Arbeitsgebieten. Ich werde darauf noch zurückkommen. Doch zunächst ist zu berichten.

Der Band über die europäische Geld- und Fiskalpolitik enthält zumeist empirische, mit ökonomischen Methoden arbeitende Untersuchungen, die ohne deutliche Systematik unterschiedliche Aspekte der monetären, fiskalischen und realwirtschaftlichen Integration behandeln. Politikwissenschaftler werden sich für die Beiträge wohl nur aus der Perspektive spezieller Policy-Studien interessieren, weshalb ich mich hier auf knappe Inhaltsangaben beschränke. *Carl E. Walsh* zeigt, daß entgegen den üblichen Erwartungen eine unabhängige Zentralbank dazu beiträgt, daß Stabilitätsgewinne mit höheren Wachstumsverlusten bezahlt werden müssen. *Geoffrey Garrett* und *Christopher Way* liefern einen neuen Beitrag zu der seit zwei Jahrzehnten andauernden Diskussion über den Einfluß der Gewerkschaftsstruktur auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. „Korporatistische“ Strukturen, so ihr Befund, sind nur dann eindeutig überlegen, wenn die Lohnführerschaft bei den Gewerkschaften der im internationalen Wettbewerb stehenden Industriebranchen liegt. *Maurice Obstfeld* versucht die interaktive Logik der schwedischen Währungskrise in einem Modell zu fassen, das neben den Erwartungen der Spekulanten auch die Handlungsbedingungen der Regierung endogenisiert, wohingegen die breiter angelegte empirische Untersuchung von *Andrew K. Rose* und *Lars E.O. Svensson* zu dem skeptischen Schluß kommt, daß sich Währungsturbulenzen der Jahre 1992 und 1998 weder aus den ökonomischen Daten noch aus politischen Entscheidungen erklären lassen. Der ökonomische Nutzen der fiskalischen Konvergenzkriterien des Maastricht-

Vertrages wird von *Giancarlo Corsetti* und *Nouriel Roubini* eher bezweifelt, wohingegen *Michael M. Hutchinson* und *Kenneth M. Kletzer* diese wegen der geringen politischen Glaubwürdigkeit der „Nobailout“-Regel dennoch für notwendig halten. Die im Vergleich mit den Vereinigten Staaten geringe Mobilität von Arbeitskräften zwischen den Ländern der EU erklärt *Christopher L. Erickson* aus der Differenz zwischen den in Wechselkursparitäten und den in Kaufkraftparitäten ausgedrückten Lohnunterschieden, derentwegen der Mobilitätsanreiz für Kapital doppelt so hoch sei wie der für Arbeitskräfte. *Karl Ove Moene* und *Michael Wallerstein* entwickeln ein theoretisch innovatives Arbeitsmarktmodell, um die in den siebziger und achtziger Jahren zu beobachtenden Unterschiede der Arbeitslosenraten zwischen EFTA und EG-Staaten allein aus dem rationalen Verhalten von Unternehmen (statt, wie üblich, als Ergebnis staatlicher Politik) zu erklären. Schließlich kommen *Jeffrey A. Frankel* und *Hang-Jin Wei* zu der Einschätzung, daß die europäische Integration bisher nicht zu einer Abschließung vom freien Welthandel geführt habe, und daß auch politisch kaum mit einem europäischen Protektionismus zu rechnen sei.

Politikwissenschaftlich ergiebiger sind die Beiträge des anderen Bandes über Politik und Institutionen in Europa. *George Tsebelis* hat hier sein aus anderen Veröffentlichungen bekanntes Modell zur Analyse der Agenda-Setting-Funktion des Europäischen Parlaments erweitert und präzisiert, und so einleuchtend dargestellt, daß seine Logik auch von Lesern nachvollzogen werden kann, die ansonsten das Studium analytischer Modelle meiden. Ganz ohne analytischen Aufwand kommt *Lisa L. Martin* zu dem empirischen Ergebnis, daß die Implementation europäischer Direktiven um so erfolgreicher sei, je mehr die nationalen Parlamente und regionalen Instanzen auf den Prozeß der europäischen Politikformulierung Einfluß nehmen können. Weitere Beiträge untersuchen die zu erwartende Tendenz künftiger Regelungen einer europäischen Unternehmensverfassung (*Ulrike Schade*), den tatsächlichen Einfluß exportorientierter und protektionistischer Wirtschaftsinteressen auf die Formulierung des Binnenmarktprogramms (*Neil Fliegstein* und *Peter Brantley*), die Geschichte der europäischen Direktiven zur Einlagensicherung der Banken (*Michele Fratianni*) sowie – ohne deutliches Ergebnis – die ökonomi-

schen und politischen Kriterien der europäischen Entwicklungs- und Handelspolitik (*Steven Weber*).

Zwei Beiträge sollen nun etwas genauer betrachtet werden: *Jürgen von Hagen* und *Uwe Walz* untersuchen die Folgen rechtlich gesicherter Mobilität im Europäischen Binnenmarkt für die nationalen Systeme der Rentenversicherung – also eine Frage von höchst aktueller politischer Relevanz. Zur Beantwortung entwickeln sie ein spieltheoretisches Modell, das die Konkurrenz zwischen zwei identischen Ländern, die sich lediglich durch die politische Festsetzung der Renten oder der Beitragssätze voneinander unterscheiden können, um mobile Arbeitnehmer darstellt. Bei ihrer Wanderungsentscheidung orientieren die Arbeitnehmer sich ausschließlich an ihrem (durch Beiträge negativ und Renten positiv beeinflussten) diskontierten Lebenseinkommen abzüglich fixer Mobilitätskosten, während die politischen Entscheidungen von der Nutzenfunktion eines als Medianwähler unterstellten Rentenbeziehers bestimmt werden. Das Modell ignoriert also alle anderen Einflüsse auf die Wanderungsentscheidung von Arbeitskräften (beispielsweise die Verfügbarkeit von Arbeitsplätzen und die Lohnhöhe) ebenso wie alle anderen Optionen der Politik und alle institutionellen Unterschiede zwischen real existierenden Modellen der Alterssicherung (Kapitaldeckung versus Umlageverfahren, einheitliche Grundrente versus lohnbezogene Rente) und ihrer Finanzierung (aus dem allgemeinen Steueraufkommen, aus lohnbezogenen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträgen oder aus individuellen Versicherungsbeiträgen). Diese radikale Abstraktion hat den Vorteil, den analytischen Blick auf einen einzigen möglichen Einflußfaktor zu konzentrieren – und den Nachteil, daß dessen Wirkung durch eine völlig unbestimmte *Ceteris-paribus*-Bedingung qualifiziert werden muß. Empirisch könnte man den im Modell abgeleiteten Effekt allenfalls dann überprüfen, wenn eine hinreichend große Zahl von Beobachtungen die statistische Kontrolle der vielen anderen ökonomischen, sozialen und institutionellen Determinanten von Wanderungsbewegungen und Sozialreformen erlaube.

Den Autoren freilich kommt es auf den empirischen Test gar nicht an. Ihnen genügt das Modell, um daraus nicht nur Aussagen über die reale Welt, sondern auch weitreichende Politikempfehlungen abzuleiten: So ist nach ihrer

Meinung eine Harmonisierung der Sozialversicherungssysteme in Europa abzulehnen, weil sie zur Festsetzung zu hoher und deshalb ökonomisch ineffizienter Renten führen müßte, die dann die junge Generation zur Auswanderung (wohin eigentlich?) veranlassen und so die Alterslastprobleme der europäischen Länder noch verschärfen würden. Um dieser Gefahr zu begegnen, so die abschließende Empfehlung, sollte sich die Europäische Kommission für die Anhebung des Rentenalters und die Begrenzung der Rentenhöhe einzusetzen. Hier wird, so denke ich, der Kredit von Modellanalysen in der Policy-Forschung doch erheblich überzogen.

Das zweite Beispiel, das mit nicht weniger heroischen Vereinfachungen hantiert, zeigt dagegen den Nutzen von Modellanalysen für die Weiterentwicklung der politischen Theorie. *Alessandra Casella* und *Barry Weingast* präsentieren „Elements of a Theory of Jurisdictional Change“, die im ersten Teil die Folgen der Marktintegration für (bisher) nationalstaatliche Regelungssysteme klären soll. Unter expliziter Vernachlässigung aller politischen, soziologischen und historischen Faktoren konzentriert sich die Analyse auf die ökonomische Logik der Kollektivgüterproduktion. Betrachtet werden nur Regelungssysteme, die der Erleichterung von Markttransaktionen dienen (also im spieltheoretischen Sinne „Koordinationsprobleme“ lösen). Wenn die Grenzen der Märkte sich erweitern und über die Grenzen der Staaten hinausreichen, können sich diese Regelungssysteme vom Staat lösen und als Ergebnis der freiwilligen Koalitionsbildung unter Marktteilnehmern neu konstituieren. Dann aber ist zu erwarten, daß für je spezifische Koordinationsprobleme unterschiedliche institutionelle Abgrenzung entstehen werden, deren Beziehungen zueinander – im Gegensatz zum föderalen Staatsaufbau – auch keine hierarchische Struktur mehr aufweist. Wahrscheinlicher ist vielmehr ein kompliziertes Nebeneinander und Durcheinander teils konkurrierender, teils komplementärer und teils ge-

geneinander indifferenter Zuständigkeiten und Mitgliedschaften. Dafür lassen sich in der Tat vielfältige reale Beispiele finden – von dem Flickenteppich der Zweckverbände in den amerikanischen Ballungsregionen über die Ausbildung eines nichtstaatlichen Handelsrechts durch private Schlichtungsorganisationen bis zur kaum noch überschaubaren Vielzahl der transnationalen Koordinationsgremien in der technischen Normung.

In der Analyse der potentiellen Leistungsfähigkeit derart „unordentlicher“ Regelungsstrukturen kommt der Beitrag zu recht optimistischen Schlußfolgerungen. Er unterscheidet sich freilich von der heute um sich greifenden Begeisterung für „Netzwerke“ als Nachfolger hierarchischer Regelungsstrukturen durch die präzise Spezifikation des begrenzten Geltungsbereichs seiner Thesen: Wenn autoritative Regelungen gebraucht werden, um nicht lediglich Koordinationsprobleme, sondern auch Externalitätenprobleme und Verteilungsprobleme zu lösen, stößt die Leistungsfähigkeit von freiwilliger Selbstorganisation rasch an ihre Grenzen.

Auch der zweite Teil des Aufsatzes will die Änderung von Jurisdiktionsgrenzen mit den Mitteln des Rational-Choice-Ansatzes analysieren – wobei diesmal nicht die ökonomischen Kalküle von Marktteilnehmern, sondern die Reaktion von Volksgruppen im ehemaligen Jugoslawien auf die Bedrohung durch gewaltsame ethnische Konflikte das Ergebnis bestimmen sollen. Der Versuch ist theoretisch interessant, weil er die Änderung von Präferenzen innerhalb des Rational-Choice-Ansatzes erklären will. Ob er im Hinblick auf den zu erklärenden Sachverhalt erfolgreich ist, sollten jedoch bessere Sachkenner, als ich es bin, beurteilen. Sympathisch ist jedenfalls auch hier die deutliche Unterscheidung zwischen Modellaussagen und auf die Wirklichkeit bezogenen Aussagen, die erst die Anwendung ökonomischer Theorieelemente auf politische und soziale Sachverhalte rechtfertigen – und dann aber auch höchst fruchtbar machen kann.